Nachfragen aus der 30. Sitzung des Stadtrates am 13. September 2022

Öffentlicher Teil

TOP 11: Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Eisenach Vorlage: 0960-StR/2022

Es wird folgendes zugesagt:

- schriftliche Nachreichung zur Frage, warum die Analyse zum Tor zur Stadt fehlt

Antwort:

Neben dem Frauenberg ist das Tor zur Stadt als Ergänzungsbereich der Einkaufsinnenstadt eingestuft. Als solches wird es auch in der Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Eisenach aufgeführt und in einem Exkurs behandelt (s. Seite 81 des EHZK). Insofern waren die Ausführungen zu diesem Standortbereich bereits zum Zeitpunkt der Beschlussfassung am 13.09.2022 enthalten.

In den Ausführungen heißt es u. a.: Der Standortbereich ergänzt das Angebot der Einkaufsinnenstadt im zentren- und zentren- und nahversorgungsrelevanten Sortimentsbereich hinsichtlich großflächiger Einzelhandelsangebote. Und weiter heißt es: Eine Stärkung der Kopplungsbeziehungen zwischen dem Standortbereich »Tor der Stadt« sowie zur Einkaufsinnenstadt wird empfohlen.

TOP 16: Bebauungsplan der Stadt Eisenach Nr. 50 »Sondergebiet Windenergie am Reitenberg« Neukirchen hier: Billigung des Planentwurfes und Beschluss zur förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Vorlage: 1034-StR/2022

Es werden folgende Punkte thematisiert:

- Beteiligung der Ortsteile

Antwort:

Bei der Einstellung der Beschlussunterlagen zum Bebauungsplan Nr. 50 ist beim Fachgebiet Stadtplanung bedauerlicher Weise versäumt worden, die Beteiligung des Ortsteilrates über das Ratsinformationssystem sicherzustellen. Wegen der vergleichsweise seltener vorkommenden Planverfahren in einen der Ortsteile wurde die obligatorische Beteiligung der Ortsteilräte leider vergessen. Wir bitten hierfür um Entschuldigung.

Dennoch wurde der Entwurf des Bebauungsplanes bereits im Vorfeld der Stadtratssitzung dem Ortsteilbürgermeister, Herrn Eckhard Pecher, zur internen Kenntnisnahme übergeben, so dass die Gelegenheit für etwaige Rückfragen rechtzeitig bestanden hat.

Im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit wird dem Ortsteilrat ersatzweise eine gesonderte Informationsrunde zum Planentwurf angeboten. In dieser würde der Bebauungsplan eingehend erläutert. Falls gewünscht, gern auch schon im Vorfeld des öffentlichen Beteiligungsformats.

Im Übrigen plant die Stadtplanung neben den Klärungsbedarfen in Sachen Welterbeschutz hier im ureigensten Interesse des Ortsteils. Der Bebauungsplan soll durch die Feinsteuerung der Windenergienutzung insbesondere auch dem örtlichen Immissionsschutz dienen und damit auch zukünftig die gesunden Wohnverhältnisse der Bewohner von Neukirchen im Kontext der Errichtung von Windenergieanlagen gewährleisten.

TOP 25.5: Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion - Digitalisierungsstrategie
Vorlage: AF-0255/2022

Die **Vorsitzende der FDP-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt**, fragt, wie hoch die Kosten für die Beauftragung eines externen Büros sind.

Die **Oberbürgermeisterin, Frau Wolf**, gibt an, dass dies schriftlich nachgereicht wird.

Antwort:

Das Angebot der Firma loesungenfinden.org beinhaltet ca. 11.000 € netto für die Erstellung der Digitalisierungsstrategie. Der Auftrag ist noch nicht abgeschlossen, da die endgültige Digitalisierungsstrategie noch nicht vorliegt.

TOP 25.8: Anfrage der NPD-Stadtratsfraktion - Flächennutzung Hauptfriedhof
Vorlage: AF-0260/2022

Der **Vorsitzende der NPD-Stadtratsfraktion, Herr Wieschke**, fragt nach der Definition eines öffentlich wichtigen Grundes.

Der **Bürgermeister, Herr Ihling**, gibt an, dass die Definition schriftlich nachgereicht wird.

Antwort:

Nachfrage zur Definition eines wichtigen öffentlichen Grundes:

Eine genaue Definition eines wichtigen öffentlichen Grundes gibt es nicht.

Es ist ein sogenannter „unbestimmte Rechtsbegriff“. Dieser zählt – wie auch das Ermessen – zu den wichtigsten Fachbegriffen des Öffentlichen Rechts. Er bezeichnet im deutschen Recht einen Terminus innerhalb eines gesetzlichen Tatbestands oder einer Norm, der vom Gesetzgeber bewusst nicht abschließend definiert wird.

Wenn die Widmung und die daraus resultierende Bestimmung des Zwecks geändert werden soll, so kann dies in Form einer Umwidmung oder Entwidmung geschehen.

Eine Widmung oder Entwidmung hat grundsätzlich in Form eines Hoheitsaktes zu erfolgen. Dieser kann beispielsweise per Gesetz, Rechtsverordnung, Verwaltungsakt oder Satzung gegeben sein.

Die wichtigen Gründe für eine gewollte Entwidmung einer Friedhofsfläche müssten also im zu erlassenden Hoheitsakt genau beschrieben werden, da es dann im Nachgang jedem frei steht, Rechtsmittel einzulegen.

Die andere / neue öffentliche Nutzung müsste also in der Wertigkeit deutlich über der jetzigen Nutzung als Friedhof zur Bestattung von Personen gem. Satzung stehen.